

INHALTSVERZEICHNIS

<u>MAGDEBURG WIRD ÖKOLOGISCH, SOZIAL UND ZUKUNFTSFÄHIG</u>	<u>3</u>
<u>UMWELT – MAGDEBURG WIRD GRÜNER.....</u>	<u>5</u>
<u>VERKEHR – MAGDEBURG BEWEGT SICH ÖKOLOGISCH</u>	<u>7</u>
<u>STADTENTWICKLUNG – MAGDEBURG STÄRKT SEINE MITTE.....</u>	<u>9</u>
<u>DEMOKRATIE - MAGDEBURG BETEILIGT SICH.....</u>	<u>11</u>
<u>KAMPF GEGEN RECHTS – MAGDEBURG IST TOLERANT UND WELTOFFEN.....</u>	<u>13</u>
<u>ENERGIE – MAGDEBURG WIRD ENERGIEEFFIZIENT UND ERNEUERBAR.....</u>	<u>15</u>
<u>BILDUNG - MAGDEBURG SCHAFFT GRUNDLAGEN.....</u>	<u>16</u>
<u>SOZIALES - MAGDEBURG IST SOLIDARISCH.....</u>	<u>17</u>
<u>KULTURSTADT – MAGDEBURG IST LEBENDIG UND VIELFÄLTIG.....</u>	<u>20</u>
<u>WIRTSCHAFT – MAGDEBURG INVESTIERT IN DIE ZUKUNFT.....</u>	<u>22</u>
<u>FAIR TRADE - MAGDEBURG HANDELT FAIR.....</u>	<u>24</u>
<u>CHANCENGLEICHHEIT – MAGDEBURG FÖRDERT GLEICHE RECHTE FÜR ALLE.....</u>	<u>25</u>
<u>KOMMUNALER HAUSHALT – MAGDEBURG WIRTSCHAFTET SOLIDE.....</u>	<u>27</u>
<u>KONTAKTDATEN.....</u>	<u>28</u>

Magdeburg wird ökologisch, sozial und zukunftsfähig

Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger,

mit Ihrer Stimme entscheiden Sie bei der Kommunalwahl im Mai 2014, ob eine gerechtere, klimafreundlichere und nachhaltigere Stadt möglich ist.

Ein Leben im Einklang mit der Natur, in Verantwortung für jetzige und nachfolgende Generationen ist unser Bestreben. Als kulturelles, universitäres, wirtschaftliches und touristisches Zentrum im Herzen Sachsen-Anhalts und als Landeshauptstadt hat Magdeburg großartige Möglichkeiten, sich als traditionsreiche, weltoffene Stadt zu präsentieren. Diese wollen wir auch in Zeiten knapper Kassen und trotz eingeschränkter Handlungsspielräume des Stadtrates weiterhin konstruktiv nutzen.

Unsere Stadt steht vor neuen Herausforderungen, die es gemeinsam zu meistern gilt. Der Klimawandel, knapper werdende Ressourcen und der zunehmende Wettbewerb der Städte und Regionen erfordern neue Konzepte und Strategien. In manchen Bereichen ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. In unserem Programm haben wir hierfür unsere Vorschläge formuliert.

In der Entwicklung unserer städtischen Umwelt wollen wir nicht nur dem Klimawandel begegnen, sondern auch sichern, dass durch eine klimaangepasste Stadtentwicklung die Lebensbedingungen für alle verbessert werden. Unsere Verkehrspolitik ist darauf gerichtet, durch verbesserten öffentlichen Nahverkehr und bessere Bedingungen für den Radverkehr die Mobilität für alle zu sichern und dabei Umwelt und Geldbeutel zu schonen.

Für alle Menschen in unserer Stadt muss die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben gesichert sein. Soziale Gerechtigkeit und Bildungschancen für alle sind die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt.

Magdeburg ist eine Stadt, die über einen großen kulturellen Reichtum und wirtschaftliches Potenzial verfügt. Menschen aus vielen Nationen leben, lieben und arbeiten hier. Wir Grüne wollen, dass dieser Reichtum im Leben der Stadt sichtbar wird und fördern deshalb das bunte Miteinander und den interkulturellen Dialog. Bündnis 90/Die Grünen wollen mit Ihrer Unterstützung maßgeblich dazu beitragen, dass nationale, soziale, geschlechterbezogene, gesundheitsbedingte und undemokratische Barrieren aus unserem Alltag verschwinden.

Deshalb verwenden wir auch ausdrücklich in diesem Programm den Begriff BürgerInnen, der alle Menschen Magdeburgs und die Wertschätzung für sie einschließen soll, unabhängig vom Geschlecht, der Herkunft, der Hautfarbe, des Alters und des Einkommens.

Am 25. Mai 2014 haben Sie die Möglichkeit, über die Zusammensetzung des Stadtrates zu entscheiden. Mit Ihrer Stimme für Bündnis 90/Die Grünen setzen Sie ein Zeichen für eine l(i)ebenswerte, ökologische, europäische und soziale Kulturhauptstadt.

Ihre und Deine Stimme für Grün, denn - Grün macht den Unterschied!

Umwelt – Magdeburg wird grüner

Unsere Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Deren Schutz ist seit jeher grünes Kernthema. Dabei haben sich insgesamt, aber auch auf kommunaler Ebene, die Ansprüche an modernen Umweltschutz stets gesteigert und gewandelt. Uns geht es heute verstärkt um Vorsorge für die nachfolgenden Generationen, was langfristiges Denken und strategisches Vorgehen erfordert.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für den Erhalt und die Entwicklung naturnaher Flächen als Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen und als Erholungsraum für uns Menschen. Wir verfolgen dabei einen integralen Ansatz. Unsere Umwelt wird beeinflusst von vielen Faktoren, weswegen unsere Umweltpolitik diese vielen Faktoren umfasst. So ist Stadtentwicklungspolitik natürlich ein Teil von Umweltpolitik, weil wir mit den städtebaulichen Entscheidungen Verkehrsbeziehungen erzeugen, die mehr - oder weniger - die Umwelt belasten.

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Magdeburg braucht eine Anpassungsstrategie, die die Bereiche Katastrophenabwehr, medizinische Versorgung, Erhalt gesunder Wohnverhältnisse, Sicherung des Trinkwasserdargebots und Sicherung des städtischen Grünbestandes als Mindesteckpunkte enthält. Diese umfassende Strategie ist in der kommenden Wahlperiode zu erarbeiten und dann sofort umzusetzen.

Dafür wollen wir:

- den Börderaum als Kaltluftlieferant sichern und der Landwirtschaft vorbehalten. Eine weitere Zersiedelung am Stadtrand muss der Vergangenheit angehören.
- mehr Neu- bzw. Ersatzpflanzungen von Straßenbäumen, insbesondere, um eine sommerliche Überwärmung der Stadträume zu verhindern. Die auf unseren Antrag beschlossene Erstellung eines Konzeptes zur Entwicklung des Straßenbaumbestandes muss zügig erfolgen.
- vernetzte Grünsysteme schaffen und innerstädtische Grünflächen ökologisch aufwerten.
- den Erhalt von Kleingartensparten als Kaltluftentstehungs- und -austauschgebiete.
- die Begrünung von Gebäuden (Fassaden- und Dachflächen) und Höfen fördern.
- die Bodenversiegelung stoppen und -entsiegelung vorantreiben, um die Versickerungsrate zu erhöhen und das Stadtklima zu verbessern.

Für eine naturnahe Gewässerentwicklung und besseren Hochwasserschutz wollen wir:

- Maßnahmen an kleineren Fließgewässern (Sülze, Schrote, Klinker usw.) zu deren Verbesserung hin zum guten ökologischen Zustand im Sinn der Wasserrahmenrichtlinie, auch durch Verbreiterung der Uferstreifen und Renaturierung.
- eine konsequente Berücksichtigung der kleinen Fließgewässer bei Bebauungsplänen und in der Stadtentwicklung.
- den Erhalt des Domfelsens sichern und die Elbe als naturnahen Lebensraum bewahren.
- eine Einschränkung der Besiedlung in den durch Hochwasser und Grundwasser gefährdeten Gebieten.

- einen Frieden zwischen Hochwasser- und Naturschutz erreichen. Hierzu muss u.a. untersucht werden, ob ein Ausbaggern der Alten Elbe den Hochwasserschutz tatsächlich verbessern würde oder ob ein möglicher Rückstau am Zusammenfluss von Stromelbe, Alter Elbe und Umflutkanal den Wasserstand stärker beeinflusst.
- ohne Vernachlässigung des technisch notwendigen Hochwasserschutzes der Hochwassergefahr entgegenwirken durch Schaffung weiterer Überschwemmungsgebiete und eine ökologische Flusspolitik gemeinsam mit allen Anrainern.

Außerdem wollen wir zur Reduzierung von Umweltbelastungen:

- ein umweltfreundliches Beschaffungswesen in der Stadtverwaltung, in städtischen Unternehmen und Gesellschaften.
- die Förderung von Mehrwegartikeln sowie von kompostierbaren Tragetaschen und Verpackungen.

Tierschutz

Für Bündnis 90/Die Grünen haben auch die Tiere ein Recht auf angemessenen und respektvollen Umgang. Das betrifft neben den Haustieren auch die Nutztiere und selbstverständlich die wild lebenden Tiere. Wir setzen uns ein für ein tolerantes und rücksichtsvolles Miteinander, das den Bedürfnissen der TierhalterInnen und der übrigen Bevölkerung gerecht wird und Konflikte vermeidet.

Wir wollen:

- ein klares Bekenntnis der Stadt gegen Tierbörsen durch ein Verbot der Nutzung städtischer Gebäude und Einrichtungen zu deren Durchführung.
- eine breitere Verwendung von Produkten aus artgerechter Tierhaltung sowie die Berücksichtigung veganer und vegetarischer Alternativen zum Fleisch in Küchen kommunaler Einrichtungen und bei der Auswahl von Caterern.
- eine Kostenübernahme durch die Stadt für die von anerkannten Tierschutzvereinen veranlassten Kastrationen und Sterilisationen freilaufender Katzen.
- stärkere Kontrollen und konsequentes Ahnden von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz und die Stadtordnung.

Verkehr – Magdeburg bewegt sich ökologisch

Das Leitmotiv grüner Verkehrspolitik lautet: Mehr Mobilität mit weniger Verkehr! Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in unserer Stadt ihre Ziele sicher, zügig und umweltschonend erreichen können. Wichtig sind dabei Sozialverträglichkeit und Barrierefreiheit.

Bündnis 90/Die Grünen setzen Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs und einer intelligenten Verknüpfung der Verkehrsträger. Das ist für die tägliche Mobilität der BürgerInnen wichtiger als teure Prestigeprojekte. Deshalb wollen wir den Umweltverbund von öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad und Zufußgehen stärken und mit innovativen Mobilitätsdienstleistungen wie Car Sharing oder Bike Sharing ergänzen.

Mittelfristig wollen wir erreichen, dass die Verkehrsträger gleichberechtigt nebeneinander stehen. Unser Ziel ist, die öffentlichen Verkehrsmittel, das Fahrrad, das Zufußgehen und den motorisierten Individualverkehr auf Anteile von jeweils 25 % aller Wege zu entwickeln. Das muss im Verkehrsentwicklungsplan 2025 festgeschrieben werden.

Rad- und FußgängerInnenverkehr

Der Großteil aller Wege in Magdeburg ist kürzer als vier Kilometer – eine ideale Distanz für RadfahrerInnen und FußgängerInnen. Immer mehr MagdeburgerInnen fahren mit dem Rad zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf oder in der Freizeit. Trotz dieser steigenden Bedeutung wird der Rad- und Fußverkehr in der Verkehrsplanung Magdeburgs noch immer unzureichend berücksichtigt. Die hohe Beteiligung an den Fahrraddemonstrationen zum Fahrrad-Aktionstag sollte hier als Auftrag verstanden werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass das Fahrrad als alltägliches und vollwertiges Verkehrsmittel im Straßenverkehr wahrgenommen wird.

Wir wollen:

- eine verlässliche Bereitstellung von 8,00 € je EinwohnerIn und Jahr für den Radverkehr im Haushalt unserer Stadt entsprechend der Empfehlung des Nationalen Radverkehrsplans.
- die Einsetzung einer/s städtischen Fahrradbeauftragten sowie öffentliche Kampagnen zur Förderung des Radverkehrs.
- die Realisierung der noch ausstehenden Maßnahmen der Radverkehrskonzeption 2006-2012.
- ein lückenloses Radverkehrsnetz zwischen den Stadtteilen und ins Umland einschließlich der Ausweisung von Fahrradstraßen und der Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr in beide Richtungen.
- die Markierung von Radfahrstreifen auf der Fahrbahn.
- eine für alle wahrnehmbare Trennung von Rad- und Fußwegen, auch durch Kennzeichnung mit Fahrrad-Piktogrammen, besonders in der Innenstadt.
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit in Kreuzungsbereichen durch erweiterte Aufstellflächen für den Radverkehr und die Anbringung von Trixi-Spiegeln.
- die ausreichende Bereitstellung sicherer Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum und die Verabschiedung einer Fahrradabstellsatzung.
- mehr Zebrastreifen, besonders entlang der Kreisverkehre.
- fußgängerInnen- und radfahrerInnenfreundliche Ampelschaltungen.

- die Integration eines „Scherbentelefon“ in die Behördenrufnummer 115.
- die Meldung von baulichen Mängeln an Radverkehrsanlagen über den MD-Melder ermöglichen.

Öffentlicher Nahverkehr

Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht allen Menschen, ihre Ziele auch außerhalb der Fußwegentfernung zu erreichen und trägt damit zum wirtschaftlichen Erfolg und zu sozialer Teilhabe in einer Gesellschaft bei.

Wir wollen:

- einen verbindlichen Zeitplan für den vollständigen barrierefreien Ausbau aller ÖPNV-Haltestellen.
- dass die Fahrradmitnahme ganztägig möglich ist, sofern dafür Platz vorhanden ist. Fahrgäste mit Kinderwagen oder Behinderte mit Rollstuhl haben in jedem Fall Vorrang.
- die Abschaffung des Richtungsbezuges bei Einzelfahrscheinen im Stadtgebiet.
- die Ausweitung des Tagesnetzes der Straßenbahnen bis 0:00 Uhr, mindestens im 30-Minuten-Takt mit optimierten Anschlüssen.
- die Einführung von Handytickets im Verkehrsverbund marego.
- die bedarfsgerechte Mitfinanzierung der öffentlichen Nahverkehrsleistungen einschließlich der Behebung des Instandhaltungsrückstaus durch die Landeshauptstadt.
- die Prüfung einer mittelfristigen Umstellung auf einen fahrscheinfreien öffentlichen Nahverkehr. Hierzu schlagen wir eine Nahverkehrsabgabe vor, deren Gestaltung zu prüfen ist.
- die Reduzierung von Parallelverkehren der einzelnen Verkehrsunternehmen, um Mittel effektiver einzusetzen.
- den weiteren Netzausbau, beispielsweise eine Straßenbahntrasse nach Ottersleben, zur Verbesserung der Erschließungs- und Verbindungsqualität.

Sonstiger Verkehr

Das Auto ist als gleichberechtigtes Verkehrsmittel zu behandeln und darf in einem zukunftsfähigen Verkehrssystem nicht länger bevorzugt werden. KraftfahrerInnen ist eine besondere Rücksichtnahme auf Schwächere zuzumuten.

Daher wollen wir:

- die Ausweisung von Hauptstraßen, die eine Geschwindigkeit von 50 km/h erlauben. Im allgemeinen Straßennetz soll eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gelten. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind regelmäßig auch von der Stadt zu kontrollieren.
- die konsequente Ahndung unberechtigten Parkens auf Behindertenparkplätzen, Rad- und Fußwegen und in Kreuzungsbereichen.
- eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt und den Stadtteilzentren.
- einen umweltgerechten Umbau der Hauptstraße zwischen Buckau und Westerhüsen.
- bei drohenden Mehrkosten des Projektes „Bahnhofstunnel“ die sachgerechte Prüfung einer tatsächlichen Nullvariante.
- einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Magdeburg Süd verhindern. Denn dieser ist weder notwendig noch finanzierbar. Den Lärmschutz im Bestand wollen wir verbessern.

Stadtentwicklung – Magdeburg stärkt seine Mitte

- Städtebaulich hat unsere Stadt eine gute Entwicklung begonnen. Doch noch immer fehlt es an innerstädtischem Flair, wird unsere Innenstadt durch Verkehrsachsen zerschnitten. Der Schwerpunkt der nächsten Jahre muss die Suche nach einer neuen Qualität in der Mitte werden, denn die Innenstadt ist Identifikationspunkt für MagdeburgerInnen und Anziehungspunkt für TouristInnen.

Wir wollen eine neue Diskussion um die Gestaltung unserer Innenstadt anstoßen und:

- eine Verdichtung der Innenstadt mit kleinteiligen Strukturen und Nutzungen für mehr Urbanität.
- Aufenthaltsqualität stärken, indem wir den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt verbannen (z.B. Rückbau der Ernst-Reuter-Allee zwischen Otto-von-Guericke- und Jakobstraße zu einer Erschließungsstraße).
- Handel in Innenstadt und Stadtteilzentren stärken, indem das Märktekonzept konsequent angewandt wird.
- bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten in der Innenstadt sichern – durch Festsetzungen in Bebauungsplänen und durch die Politik unserer Wohnungsbaugesellschaft.
- den Mix aus kleinteiligem Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistung und Wohnen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren stärken.
- öffentliche Plätze sichern und attraktiver gestalten.
- die Linden auf dem Domplatz erhalten und den Platz verkehrsberuhigt gestalten.
- grüne Erholungsbereiche in der Innenstadt und straßenbegleitendes Grün weiterentwickeln.
- fußgängerInnen- und fahrradfreundliche Verknüpfungen des Elbufers mit der Innenstadt und den Stadtteilen.
- eine hohe Architekturqualität dadurch sichern, dass für städtebaulich bedeutsame Bauwerke Wettbewerbe durchgeführt werden.

Außerdem wollen wir für eine nachhaltige Entwicklung der Gesamtstadt:

- die Stadtteile stärken, deren jeweilige Spezifika weiterentwickeln, Förderprogramme zielgenau einsetzen sowie gewachsene dörfliche Strukturen in den Ortsteilen erhalten und aufwerten.
- Brachen wieder nutzen, um Bauen auf der grünen Wiese und eine Zersiedelung der Landschaft zu stoppen.
- unsere Stadtstraßen durch umfangreiche Baumpflanzungen aufwerten.
- die Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden fördern.
- eine Stadt der kurzen Wege, in der durch kleinteilige Nutzungsmischung der größte Teil der Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückgelegt werden kann.
- die Stadtgestaltung mehr auf die Bedürfnisse von Kindern, SeniorInnen sowie Menschen mit Behinderungen ausrichten, wozu Barrierefreiheit ebenso gehört wie sichere Wege im Straßenverkehr und Freizeitflächen für alle Altersgruppen.
- die Stadtentwicklung stärker mit dem Umland verknüpfen.
- erweiterte BürgerInnenbeteiligungsmöglichkeiten an Planungsprozessen.

- Grünverbindungen zwischen den Stadtteilen und ins Umland sichern und stärken.
- die stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange des Bauens, z.B. durch Modellvorhaben bei Sanierungen und Neubauten, durch die Vorbildfunktion der Stadt bei eigenen Bauvorhaben sowie durch Festsetzungen in Bebauungsplänen.
- die Stadtentwicklung an den Achsen des öffentlichen Nahverkehrs konzentrieren.

Demokratie - Magdeburg beteiligt sich

Immer mehr BürgerInnen wollen sich bei politischen Entscheidungen einbringen und wünschen sich weitere Möglichkeiten der Einbeziehung bei Planungs- und Entscheidungsprozessen, wie z.B. bei großen Bauprojekten, aber auch bei der Gestaltung von Plätzen und Parks in der Stadt.

BürgerInnenbeteiligung ersetzt nicht die Entscheidungen der demokratisch gewählten StadträtInnen, sondern bereichert diese mit Sachverstand und Ideen der BürgerInnen. Beteiligungsformen, wie BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide, ergänzen die repräsentative Demokratie nicht nur sinnvoll, sondern tragen auch zur Verbesserung des Verhältnisses von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bei.

Die Stadt Magdeburg fängt bei freiwilligen Beteiligungsformen nicht bei null an, sondern hat bereits Erfahrungen mit organisierter und unorganisierter Bürgerschaft gemacht. In den meisten Fällen handelt es sich aber um projektbezogene und kurzfristige Lösungen. Viele Beteiligungsmöglichkeiten wurden bisher kaum bekanntgemacht und beworben, so dass diese auch wenig erprobt sind. Von einer umfassenden Beteiligungskultur kann daher bisher nicht gesprochen werden.

Kommunale Beteiligungskultur setzt sich nicht allein aus informellen und formellen oder aus repräsentativ organisierten und interessengeleiteten Beteiligungsprozessen zusammen, sondern umfasst auch direktdemokratische Verfahren, wie z.B. BürgerInnenbegehren.

Beteiligungsprozesse sind immer Kommunikations- und Aushandlungsprozesse über verschiedene Interessen, Lösungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen, bei denen sich alle beteiligten AkteureInnen für Lernprozesse offen zeigen sollten.

Die Aufbereitung von wichtigen Informationen für die BürgerInnen als Voraussetzung für Beteiligungsprozesse erfordert jedoch auch sichere Datenerfassung und sicheren Datenschutz. Beim Datenschutz geht es nicht um den Schutz von Daten, sondern um den Schutz von BürgerInnen und den verantwortungsbewussten und sorgsamem Umgang mit ihren Daten.

Wir wollen:

- BürgerInnenbeteiligung verbindlich in einem gesamtstädtischen Konzept verankern und politisch verabschieden. Dieses ist in Form von Leitlinien so auszurichten, dass die Mitwirkung verschiedener Akteursgruppen auf abgestimmten, verbindlichen Grundregeln basiert.
- eine lebhafte Teilnahme an kommunalen Beteiligungsprozessen sowie die Stärkung von Stadtteilforen als fester Bestandteil von politischen Entscheidungsstrukturen.
- eine zentrale Vorhabenliste auf der Internetseite der Stadt, auf der sich die Bürgerschaft frühzeitig über geplante Vorhaben/Projekte, unterteilt nach Stadtteilen, informieren kann. Dies ist besonders wichtig für Großprojekte und muss umfassende Informationen und Unterlagen enthalten.
- eine Anerkennungskultur für BürgerInnenbeteiligung und neue Formen der Würdigung und Wertschätzung durch Kommunalpolitik und Verwaltung befördern.
- die Organisation, die Kompetenzen und das Management für BürgerInnenbeteiligung, auch für E-Partizipation, mit Personalressourcen und Sachmitteln in der Kommunalverwaltung ausweiten.

- bisher unbeteiligte Bevölkerungsgruppen für Beteiligungsprozesse interessieren und einbeziehen und dafür Online-Elemente (E-Partizipation) als Bestandteil von Beteiligungsverfahren einsetzen.
- Erfahrungen aus der Gemeinwesenarbeit für die Ansprache und Aktivierung von beteiligungsungewohnten Gruppen durch niedrighschwellige Beteiligungsangebote nutzbar machen.
- die Stärkung und, in geeigneten Stadtteilen, die Neuschaffung von Ortschaftsräten.
- die Benutzung von personenbezogenen Daten auf das notwendige Maß beschränken.
- einen jährlichen Bericht der/s kommunalen Datenschutzbeauftragten für den Stadtrat, um eventuelle Fehlentwicklungen in Magdeburg frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Kampf gegen Rechts – Magdeburg ist tolerant und weltoffen

Bündnis 90/Die Grünen haben sich dem Kampf gegen Neonazis und ihre Ideologien verschrieben. Wir stehen für ein buntes und weltoffenes Magdeburg, in dem Menschen aller Hautfarben, Religionen und sexueller Identitäten angstfrei leben können. Wir stehen für eine Stärkung der Zivilgesellschaft in unserer Stadt, die alle Bevölkerungsgruppen umfasst.

Wir wollen:

- uns dafür einsetzen, dass der Lokale Aktionsplan Magdeburg weitergeführt werden kann oder durch eine adäquate Förderstruktur ersetzt wird.
- den Einsatz gut ausgebildeter SozialarbeiterInnen an den Schulen und in den Stadtteilen, die unterstützen können, das Abgleiten von Kindern und Jugendlichen in die rechte Szene zu verhindern.
- die Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt in Magdeburg seit der Wende wachhalten und dafür Sorge tragen, dass ihrer in dauerhafter Form gedacht wird.
- uns dafür einsetzen, dass ausgrenzende und fremdenfeindliche Handlungen, Symbole und Ausdrücke nicht geduldet werden.
- dass Nazis der öffentliche Raum nicht überlassen wird, egal in welchem Stadtteil. Treffpunkte, die dem Aufbau und der Festigung rechter Strukturen dienen sowie Probenräume neonazistischer Bands müssen geschlossen werden.
- uns dafür einsetzen, dass fremdenfeindlichen Übergriffen in öffentlichen Verkehrsmitteln konsequenter vorgebeugt wird. Dafür bedarf es eines geschulten Personals und couragierter Fahrgäste. Angstzonen an Haltestellen darf es nicht geben.
- die Versuche rechtsextremer Gruppen, über „Freizeitangebote“ für Jugendliche ideologischen Einfluss auf diese zu gewinnen, konsequent zurückweisen und eine strikte Unterbindung solcher Bestrebungen durch die Kommune durchsetzen.

Willkommens- und Anerkennungskultur

Magdeburg soll als bunte und weltoffene Stadt Menschen aus allen Ländern eine lebenswerte Heimat sein, egal ob auf Zeit oder auf Dauer. Deshalb müssen wir Willkommensstrukturen aufbauen, damit eine echte Willkommenskultur möglich wird.

Wir wollen:

- die Ausländerbehörde Magdeburg entsprechend den Bedürfnissen von MigrantInnen in eine Willkommensbehörde umwandeln.
- dass behördliche Ermessensspielräume genutzt werden, um die erfolgreiche Integration und die selbstbestimmte Lebensführung der Betroffenen zu fördern.
- dass das Personal in den Behörden und Dienststellen Magdeburgs, insbesondere in der Ausländerbehörde, regelmäßig interkulturell geschult wird und über Fremdsprachenkenntnisse verfügt.
- dass eine Unterbringung von Flüchtlingen ausschließlich dezentral in Wohnungen erfolgt. Dies ist sowohl integrationspolitisch sinnvoll, als auch rechtlich umsetzbar und finanziell günstiger als das bisherige Verfahren.

- uns für die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Teilen der städtischen Verwaltung, insbesondere in der Ausländerbehörde, einsetzen. Darüber hinaus bedarf es weiterer Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz aller städtischen Bereiche.
- vielfältigere Angebote aller Art für die speziellen Bedürfnisse von MigrantInnen, wie z.B. das EineWeltHaus als Standort zahlreicher MigrantInnen-Selbstorganisationen und vielfältiger Bildungsträger, erhalten und ausbauen.

Energie – Magdeburg wird energieeffizient und erneuerbar

- Effizienter Energieeinsatz und die Nutzung Erneuerbarer Energien sind der Schwerpunkt im Kampf gegen den Klimawandel und ein wichtiges Maß für eine umwelt- und klimafreundliche Stadt. Nur durch sie kann Magdeburg zukunftsfähig werden und mittel- bis langfristig Kosten sparen.
- Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu im Magdeburger Stadtrat zahlreiche Initiativen gestartet, vom Energiesparmodell „fifty-fifty“ bis zur Stadt für erneuerbare Energien.

Für eine noch konsequentere Energiepolitik wollen wir:

- den Bezug von „Öko-Strom“ für alle kommunalen Einrichtungen.
- Projekte zur dezentralen Speicherung von Strom in kommunalen Gebäuden und kommunalen Entwicklungsobjekten umsetzen und unterstützen.
- ein transparentes Energiemanagement aller städtischen Gesellschaften und Gebäude.
- kommunale Gebäude auf Niedrigenergiestandard bringen, wozu auch eine Lüftung mit Wärmerückgewinnung gehören kann.
- den Aufbau von Eigenversorgungssystemen z.B. auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung.
- den umfassenden Einsatz von Solaranlagen auf und an öffentlichen Gebäuden und bei öffentlichen Bauvorhaben.
- Quartierskonzepte zur Energieerzeugung und -nutzung fördern, bei Vorrang erneuerbarer Energien.
- Festsetzungen in Bebauungsplänen zur Nutzung regenerativer Energie und zu Energiestandards.
- städtische Neubauvorhaben im Passivhausstandard durchführen.
- die Ausweitung des erfolgreichen Energiesparmodells „fifty-fifty“ auf weitere kommunale Einrichtungen und Unternehmen.
- den schrittweisen Austausch der städtischen Fahrzeugflotte durch energiesparende und emissions-arme Antriebe, z.B. Erdgas, Strom, Hybrid-Antriebe.
- Initiativen zur Energieeinsparung in privaten Haushalten fördern.
- die Wärmelieferverträge mit den SWM nachverhandeln, damit sich Energieeinsparung auch finanziell für die Stadt bezahlt macht.
- die PartnerInnen der Magdeburger Klimaallianz unterstützen, insbesondere bei den Energieeinsparbemühungen im Wohnungsbestand.
- den Anschluss an die Fernwärme, wo geeignet, obligatorisch machen.

Bildung - Magdeburg schafft Grundlagen

Bildung ist der Schlüssel für ein Leben in Selbstverantwortung und für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Sie eröffnet Zukunft. Von Bildung hängen nicht nur die Chancen des Einzelnen ab, sondern die Perspektiven unserer Gesellschaft.

Der Zugang zu Bildung sollte daher allen jederzeit offen stehen und nicht an sozialer oder nationaler Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Alter, einer möglichen Behinderung, familiären Verpflichtungen und vor allem nicht am Geldbeutel scheitern.

Kindertagesstätten, Schulen, Familie und Träger der Kinder- und Jugendarbeit sind Teile eines vielfältigen Bildungssystems, die ihre jeweils eigenen Stärken haben. Die Partnerschaftlichkeit dieser Bildungsakteure ist ein wichtiger Baustein für eine durchgängige Strategie des (lebenslangen) Lernens.

Schulen brauchen grundsätzlich mehr Freiheiten und sollen vor Ort selber entscheiden können, wie sie ihre Mittel einsetzen und ihr Profil ausrichten wollen.

Die Entwicklungspotenziale unserer Hochschulen müssen auch in Zukunft gesichert sein, denn damit ist Magdeburg auch künftig ein exzellenter Studienort mit internationaler Ausrichtung.

Im Bereich der Erwachsenenbildung spielt die Volkshochschule eine wichtige Rolle. Ebenso wie die Musikschule und die Angebote freier Bildungsträger bereichert sie das vielfältige Bildungsangebot für alle Menschen in der Stadt, insbesondere für diejenigen mit Migrationshintergrund.

Wir wollen:

- Magdeburg als Stadt der Bildung konsequent ausbauen und uns einer Reduzierung von Angeboten strikt entgegenstellen. Dies gilt insbesondere für die Fakultät für Humanwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität und den Standort der Hochschule Magdeburg-Stendal, deren Entwicklungspotenziale auch in Zukunft gesichert werden müssen.
- Potenziale und Spannungsbögen aus der Wissenschaft besser mit vor Ort ansässigen Unternehmen verbinden und eine Start-up-Kultur fördern.
- eine bessere Verzahnung von Forschung und Wissenschaft, sowohl durch kluge Ansiedlungspolitik und Stadtplanung, als auch durch vernetztes Verwaltungshandeln.
- eine bessere Abstimmung des Standortmarketings mit den Hochschulen, um Magdeburg als Standort für Kongresse als Brücke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern.
- eine Vielfalt der schulischen Landschaft und die freie Wahl zwischen qualitativ hochwertigen Schulen – ohne einschränkende Schuleinzugsbereiche. Damit stärken wir die Vergleichbarkeit zwischen öffentlichen und privaten Schulträgern und ermöglichen Anreize zur Qualitätssteigerung.
- Schulen eine inhaltliche und pädagogische Positionierung ermöglichen sowie Bildungsangebote mit speziellen Konzeptionen, wie etwa Mehrsprachigkeit oder Reformpädagogik.
- eine gute Lehrmittelausstattung und wohnungsnahe Schulstandorte als ein Fundament grüner Bildungspolitik.
- eine qualifizierte und ausfinanzierte Schulsozialarbeit.
- den Ausbau und die Neugründung von inklusiven Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen in der Stadt, denn viele Eltern wünschen sich diese Formen der weiterführenden Schulen.

Soziales - Magdeburg ist solidarisch

Teilhabe aller Generationen

- Ziel grüner sozialer Politik in Magdeburg ist eine generationenfreundliche Stadt, in der alle Menschen teilhaben am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist eine solidarische Sozialpolitik. Dies bedeutet für uns, die kommunalen Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Das gilt u.a. für einkommensschwache Familien, in der SchuldnerInnenberatung, für ehrenamtliche Arbeit, in der Gesundheitsförderung, für die Verbesserung eines preiswerten Wohnungsangebotes.
- Jedes dritte Kind in Magdeburg lebt in Armut. Arme Kinder haben schlechtere Bildungschancen und somit kaum Aussicht auf Arbeit mit einem auskömmlichen Einkommen. Deshalb muss hier ein Schwerpunkt sozialen Engagements liegen.

Wir wollen:

- den Aufbau einer sogenannten Präventionskette: Junge Familien werden auf Wunsch von Anfang an begleitet und bekommen Unterstützung in erziehungsrelevanten Themen.
- bei Bedarf die Präventionskette bis in das Erwachsenenalter der Kinder weiterführen.
- Eltern mit Lösungsansätzen und Fördermöglichkeiten für ihre Kinder unterstützen.
- eine langfristig ausgerichtete und bedarfsgerechte Sozialplanung in Abstimmung mit der Stadtplanung und der weiteren demografischen Entwicklung.
- die bestehende Schulsozialarbeit als wichtigen Eckpfeiler in der Jugendbildung erhalten.

Gesellschaftliche Teilhabe statt Armut

- Ein Blick in den Haushalt der Stadt Magdeburg zeigt, dass zu viele Menschen auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. 34% der Ausgaben sind Sozialausgaben, 22 . € mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stagniert mit knapp 23.000 EinwohnerInnen seit Jahren auf einem relativ hohen Niveau. Neben jedem dritten Kind, das in Armut lebt, hat auch die Anzahl der Menschen zugenommen, die von Altersarmut betroffen sind. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen. Sowohl durch Leih- und Zeitarbeit, Minijobs, geringfügige Beschäftigung und Niedriglöhne als auch durch die schrittweise Absenkung des Rentenniveaus wird die Altersarmut rapide zunehmen. Die Zahl der Menschen, die ihr Arbeitseinkommen mit ALG II ergänzen müssen, steigt. Auch die stetig steigenden Energiekosten und die daraus entstehenden Belastungen sind ein Thema, dem wir uns stellen und wofür wir Lösungen anbieten wollen.

Wir wollen:

- das Projekt „EnergieSparService Magdeburg“ initiieren, um Menschen mit geringem Einkommen zu helfen, Energiesparpotenziale in Haushalten zu finden, zu analysieren und zu nutzen.
- nicht zulassen, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit aus Steuergeldern finanzierte ALG II-Leistungen bekommen müssen, um ihre Existenz sichern zu können, und gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Wirtschaftsverbände und dem Jobcenter nach kommunalen Lösungen suchen, die eine Vergabe von Aufträgen der Stadt an bestimmte Standards, z.B. den Mindestlohn, bindet.
- bezahlbaren Wohnraum für Einkommensschwache erhalten.

- Beratungsangebote bei Überschuldung (auch um eine Stromsperre zu verhindern bzw. wieder aufheben zu können) offensiv kommunizieren.
- kostenlose Sprachkurse für MigrantInnen und Asylsuchende.

Beratung in allen Lebenslagen

- Freie Träger, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlich tätige Menschen leisten mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Wohlfahrtspflege in unserer Stadt. Bündnis 90/Die Grünen begrüßen und unterstützen dieses Engagement ausdrücklich. Wir setzen uns deshalb in entsprechenden Fachausschüssen dafür ein, dass dieses Engagement trotz des immer kleiner werdenden Spielraums der Stadt weiterhin praktisch und finanziell unterstützt wird.
- Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen auf Unterstützung angewiesen sind und Hilfe suchen. Ansprüche und Förderungen müssen für jeden Bürger nachvollziehbar sein. Alle haben ein Recht auf freie Information und kostenfreie Beratungsleistungen, sofern diese benötigt werden.

Wir wollen:

- Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die Hilfe in besonderen Lebenslagen benötigen, fördern.
- die Integrierte Beratung fördern, die es Hilfesuchenden ermöglicht, einfacher und systemischer eine Beratung zu bekommen.
- eine regelmäßige Fortbildung der MitarbeiterInnen des Sozialbereiches nicht nur in rechtlichen, sondern auch in wirtschaftlichen und psychosozialen Fragen, um eine qualifiziertere und effizientere Beratung zu gewährleisten.
- Beratungsangebote freier Träger unterstützen, die unabhängig und erfolgsorientiert arbeiten.
- einen verständlichen Leitfaden zu Informationen und AnsprechpartnerInnen beim ALG II-Bezug.

Leben im Alter

- Die Lebenserfahrung und das Wissen älterer Menschen spielen in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle – und ihre Bedeutung wird in der Zukunft noch weiter zunehmen. Schon heute sind mehr als 30% der Bevölkerung unserer Stadt älter als 65 Jahre. Die SeniorInnen haben konkrete und klare Vorstellungen und Ideen hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung. SeniorInnenpolitik muss daher das Beteiligungsinteresse älterer Menschen aufgreifen und Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben schaffen.
- Es geht darum, präventive Maßnahmen zur Vorbereitung und Bewältigung der Altersphase zu entwickeln und dafür zu werben. Prävention und Gesundheitsförderung sind auch bei schon vorhandenen Einschränkungen enorm wichtig. So können Mobilität erhalten, Selbstständigkeit und Teilhabe im Alltag unterstützt und die Entstehung von Pflegebedürftigkeit hinausgezögert werden.
- Es ist wichtig, dass die Menschen jedes Alters ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Entscheidend hierfür sind gut ausgebaute Strukturen im unmittelbaren Lebensumfeld – in der eigenen Wohnung, im heimischen Orts- oder Stadtteil.

Wir wollen:

- Wohnformen für die Älteren generationsübergreifend, zentrumsnah und barrierefrei schaffen.

- Kinder-, Jugend- und SeniorInnenzentren zu Mehrgenerationenhäusern bzw. Familienzentren mit ausreichend Grün- und Spielflächen weiterentwickeln.
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse der älter werdenden Generation bei der städtischen Verkehrsentwicklungsplanung 2025.
- gut funktionierende vielfältige Interessenvertretungen älterer Menschen als Bereicherung von repräsentativer Demokratie und Verwaltungshandeln unter Berücksichtigung der beschlossenen seniorenpolitischen Leitlinien für Magdeburg.
- ein Stadtquartier als Pilotprojekt altersgerecht umbauen.
- Angebote fördern, die altersbedingten Einschränkungen und Erkrankungen sowie der gegenseitigen Verstärkung von Krankheiten vorbeugen.

Kulturstadt – Magdeburg ist lebendig und vielfältig

- Die Stadt ist eine Bühne, auf der jedeR Platz hat. Magdeburg hat eine lebendige Kulturlandschaft, die sich von institutionalisierten Angeboten bis zur freien Kulturszene sowie von der Hochkultur bis zur Soziokultur erstreckt. Alle bedürfen eines sensiblen Umgangs und beständiger ideeller wie auch materieller Unterstützung. Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine verlässliche Förderung des gewachsenen Kulturraums Magdeburg, der seine AnhängerInnen über die Stadtgrenzen hinaus findet.
- Magdeburgs Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas wollen wir konsequent für dieses Ziel nutzen und den Kreativ- und Medienstandort Magdeburg ausbauen. Der Anspruch einer Kulturhauptstadt muss sich aber vor allem im aktuellen Umgang mit Kultur widerspiegeln.

Um Akzente für unsere Stadt und ihre BewohnerInnen zu setzen, wollen wir:

- die Kulturlandschaft, wie Museen, Bibliotheken, Kulturzentren, sowie unser Drei-Sparten-Theater, als Angebot auch für die Region auf Dauer sichern und für jedeN zugänglich erhalten.
- die freie Kulturszene gegenüber den etablierten Kulturangeboten als gleichwertig betrachten, um damit eine kulturell differenzierte und moderne Szene möglich zu machen, die den inspirierenden Kern jeder Großstadt ausmacht.
- die Erhöhung des Kulturetats und eine Entwicklungsgarantie für die Magdeburger Kulturlandschaft.
- uns, anknüpfend an die Erfolge von Projekten wie „Mystique“ und der Ausstellung „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“, für die regelmäßige Durchführung von schwerpunktmäßigen Veranstaltungen und Ausstellungen von überregionaler Bedeutung einsetzen.
- die Errichtung des Dommuseums in der alten Staatsbank unterstützen.
- Wettbewerbe und Gestaltung des öffentlichen Raumes mit Kunst zur Verbesserung der Existenzbedingungen und der Atmosphäre für freischaffende KünstlerInnen.
- einen Abriss bestehender Kunstwerke verhindern; dies erstreckt sich von Werken der bildenden Kunst bis hin zu Baudenkmalern.
- eine Debatte um Kunst im öffentlichen Raum zur Erhöhung der Akzeptanz zeitgenössischer Kunst.
- das AMO erhalten und die Stadthalle sanieren.

Die gesamte Stadtkultur fördern

- Neben einer auch in kultureller Hinsicht belebten Innenstadt ist uns die Bewahrung und Entwicklung verschiedener Stadtteilkulturen wichtig. Ein „Kiez“-Gefühl steigert die Lebensqualität, regt zu eigenem Engagement an und trägt zur Belebung von Stadtteilen bei. Dies geht Hand in Hand mit der freien Kulturszene und neuen, meist von jungen Menschen getragenen, Entwicklungen.

Wir wollen:

- quartierbezogene Sozial- und Kulturtreffs, Stadtteil- und Straßenfeste, Kleinkunst- und Musikveranstaltungen sowie Kunst- und Trödelmärkte fördern.

- als PartnerInnen der Kulturschaffenden ein kooperatives Verhalten der Stadtverwaltung bei Nutzungsüberlassungen und der Genehmigungspraxis einfordern.
- die Jugend- und Alternativkultur und junge Menschen dabei unterstützen, die Stadt als Entwicklungs- und Gestaltungsraum zu nutzen. Die Förderung ihrer eigenen Projekte, Initiativen, Subkulturen und Trends dient der Bereicherung der Großstadt um spontane und neue Aspekte.
- zur Weiterentwicklung der Stadt auch den Herausforderungen digitaler Teilhabe Rechnung tragen. Dafür setzen wir uns für ein funktionales, dialogorientiertes und auf allen Geräten mit Internetzugang erreichbares Stadtportal ein.

Wirtschaft – Magdeburg investiert in die Zukunft

- Bündnis 90/Die Grünen stehen für ein innovatives ressourcenschonendes Wirtschaften. Wirtschaftspolitik ist nach unserem Verständnis ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen verpflichtet: Für uns gehören Ökonomie und Ökologie zusammen, auf gleicher Stufe mit sozialer Gerechtigkeit. Die Nutzung von erneuerbaren Energien und somit auch ressourcenschonendes Wirtschaften ist daher sinnvoll, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Magdeburger Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Magdeburg als Modellstadt für erneuerbare Energie hat einen guten Weg eingeschlagen, um die Energiewende weiter voranzutreiben.
- Magdeburgs wirtschaftliche Chance liegt in der engen Verbindung von Forschung und Produktion.
- Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Magdeburg ist mittlerweile ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Daher gilt es, die Rahmenbedingungen für die meist sehr kleinen Unternehmen zu optimieren.

Wir wollen:

- den Ausbau Magdeburgs als Kompetenzzentrum für neue Energien und als Produktionsstandort für regenerative Energien vorantreiben.
- die regionale Wirtschaftsförderung stärker als bisher mit den umliegenden Landkreisen organisieren und diesen Wirtschaftsraum überregional mit einem eigenen Profil ausbauen.
- die Herrichtung alter Industriestandorte für die Neuansiedlung von Unternehmen in der Stadt unter Berücksichtigung des Lärm- und Emissionsschutzes.
- eine engere Kooperation von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Produktion fördern für einen starken Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.
- Existenzgründungen aus Universität und Hochschule fördern und die Einrichtung weiterer Existenzgründungszentren forcieren.
- einen weiteren konsequenten Breitbandausbau in allen Stadtteilen Magdeburgs, der Grundlage einer modernen Ökonomie ist.
- Unternehmen durch Workshops, Beratung und Qualifizierung beim betrieblichen Umweltmanagement unterstützen, um Nachhaltigkeit und Kostenreduzierung in der Wirtschaft zu fördern.
- die Unterstützung von Kleinunternehmen durch die Stadtparkasse in Form eines leichteren Zugangs zu Darlehen und Mikrokrediten sicherstellen.
- im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten durch beschränkte Ausschreibungen Unternehmen aus Magdeburg und der Region fördern.
- Dem drohenden Fachkräftemangel im Zuge des demografischen Wandels müssen wir mit konkreten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik entgegenreten.
- eine lokale Arbeitsmarktpolitik, die spezielle Fördermaßnahmen für MigrantInnen und Flüchtlinge anbietet und die Vergabe von Maßnahmen danach ausrichtet.
- breite Qualifizierungsangebote für Arbeitsuchende und die Förderung von lebenslangem Lernen.
- den Übergang von der Schule in den Beruf fördern.

- die Rahmenbedingungen für familienfreundliche, altersgerechte und barrierefreie Arbeitsplätze verbessern.
- die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen durch ein transparentes, verbindliches Verfahren und eine Vernetzung aller in diesem Bereich Tätigen in der Verwaltung und in Beratungsstellen erleichtern.

Fair Trade - Magdeburg handelt fair

- Fairer Handel ist ein Schritt zu einer gerechteren Weltwirtschaft. Er bedeutet, Bauern und Bäuerinnen, HandwerkerInnen und ArbeiterInnen in Entwicklungsländern für ihre Produkte einen fairen Preis zu zahlen. Fairer Handel betrachtet auch die sozialen und ökologischen Bedingungen der Herstellung und des Warenaustausches.
- Wir als Bündnis 90/Die Grünen haben uns deshalb für die Bewerbung unserer Stadt um den Titel „Fair-Trade-Town“ eingesetzt. Gemeinsam mit Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Verwaltung haben wir begonnen, über unser kommunales Handeln an einer gerechten, solidarischen Welt mitzuwirken. Die Stadt Magdeburg als Teil einer Marktmacht kann mit ihrem Konsumverhalten Einfluss auf weltweite Produktionsweisen nehmen. Mit der Beschaffung von fairer Dienstkleidung für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung wurde ein erster bedeutender Schritt in die richtige Richtung getan. Eine Zertifizierung zur „Fair-Trade-Town“ und das Verteidigen des Titels setzen klare Signale seitens des Stadtrates und der Verwaltungsspitze.
- Faires Handeln ist nicht als ein Projekt mit Anfang und Ende zu sehen, sondern steht für eine soziale Weiterentwicklung in der Stadt und auch darüber hinaus in der globalisierten Welt. Beim Fairen Handel können sich Einrichtungen, Firmen, Gruppen, Vereine, Initiativen und Schulen gemeinsam engagieren. JedeR Einzelne kann durch sein Handeln zum Gelingen beitragen.

Wir wollen:

- die Berücksichtigung von fair gehandelten Produkten im kommunalen Beschaffungswesen.
- dass Magdeburg das Zertifikat Fair-Trade-Town erhält, verteidigt und mit Leben erfüllt.
- das Anbieten von fair gehandelten Produkten bei allen öffentlichen Veranstaltungen der Stadt und bei der Gästebewirtung.
- die finanzielle Unterstützung bei der Bildungsarbeit und öffentlichkeitswirksamen Aktionen zum Thema „Fairer Handel“, um den MagdeburgerInnen den Zweck des Fairen Handels bewusst zu machen und sie weiter für dieses Thema zu sensibilisieren.

Chancengleichheit – Magdeburg fördert gleiche Rechte für alle

- Grüne Kommunalpolitik versteht sich als geschlechtergerechte Politik quer durch alle Gremien und politischen Bereiche. Wir von Bündnis 90/Die Grünen machen uns seit vielen Jahren für eine gelebte Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns um Maßnahmen gegen häusliche Gewalt an Frauen und Kindern, um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um die gerechtere Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern.
- Benachteiligungen aus Gründen der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität widersprechen dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen und sind daher zu verhindern oder zu beseitigen. Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und der Schutz vor Diskriminierung sind Rechte für alle.
- Wir erachten die vom Rat der Gemeinden und der Regionen Europas (RGRE) vorgelegte europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene als wertvollen Impulsgeber für die diesbezüglichen Aktivitäten der Stadt Magdeburg.
- Weiterhin arbeiten wir an der Unterstützung, Verbreitung und Akzeptanz von geänderten Frauen- und Männerrollen in der Gesellschaft.

Wir wollen:

- eine geschlechtergerechte Verteilung der Haushaltsmittel (Gender Budgeting) auch in Zeiten immer knapperer Spielräume im kommunalen Haushalt umsetzen, gemeinsam mit einer auch zukünftig hauptamtlichen und weisungsunabhängigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.
- Angebote und Projekte erhalten und bedarfsgerecht ausbauen, die den von Gewalt bedrohten Menschen, insbesondere Frauen und Kindern, Schutz und Unterstützung gewähren.
- die Umsetzung des Konzeptes gegen Gewalt an Frauen und Kindern sowie die Europäische Charta für Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik unterstützen.
- Mittel für Träger bereitstellen, die Angebote für Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, machen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, aber auch für die Täter, um ihnen einen anderen Umgang mit Problemen und Konflikten aufzuzeigen.
- Netzwerke und Angebote im Bereich der emanzipatorischen Jungen- und Mädchenarbeit in Magdeburg unterstützen.
- flexible Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen für Frauen und Männer in der öffentlichen Verwaltung und auch in Unternehmen.
- eine Geschlechterparität in der Verwaltungsspitze, öffentlichen Ämtern, im Stadtrat und seinen Ausschüssen sowie in den Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften.
- anonyme Bewerbungen (ohne Foto und Name) an Stadtverwaltung und städtische Betriebe ermöglichen, um Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht und Familienstand zu vermeiden.

- Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Forderungen der queeren Szene in Magdeburg zur Gleichbehandlung und Anerkennung anderer sexueller Identitäten und Lebensgemeinschaften und setzen sich für deren Umsetzung ein.
- die weitere Unterstützung des CSD und der im Rahmen der Themenwoche dazu stattfindenden Aktivitäten, wie das alljährliche Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus, sowie die Teilnahme der Stadtverwaltung und des Stadtrates an der Parade mit einem programmatischen Beitrag.
- Weiterbildungen im Schul- und Sozialbereich zum Umgang mit Homophobie, Transidentität und Intersexualität.

Kommunaler Haushalt – Magdeburg wirtschaftet solide

- Ein solider Haushalt ist die Grundlage des städtischen Handelns. Trotz ausgeglichener Haushalte ist unsere Stadt nach wie vor in hohem Maße verschuldet. Angesichts geringer Spielräume ist es umso wichtiger, klare Prioritäten zu setzen. Zugunsten kleiner intelligenter Lösungen soll auf teure Großprojekte, die zumeist auch noch dramatische Kostensteigerungen und erhebliche Folgekosten aufweisen, verzichtet werden. Ein Schwerpunkt muss im Erhalt unserer Infrastruktur gegenüber dem Neubau liegen.

Wir wollen:

- nach erfolgreicher Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) den Haushalt konsequent zu einem transparenten Produkthaushalt weiterentwickeln. Alle Aktivitäten sind hinsichtlich Aufwand und Ergebnis zu prüfen.
- eine stärkere Berücksichtigung der Folgekosten bei Investitionsentscheidungen.
- die Einflussnahme der BürgerInnen auf die Gestaltung des städtischen Haushaltes durch eine Internetabstimmung (BürgerInnenhaushalt) stärken, indem Vorschläge von den BürgerInnen eingebracht und die unterschiedlichen Ausgaben und Sparmaßnahmen von den BürgerInnen bewertet werden können.
- die Erarbeitung echter Prioritätenlisten, sowohl für Investitionen als auch für die Arbeit der Verwaltung. Die Prioritäten sind dabei nach Notwendigkeit unabhängig von den derzeitigen Finanzierungsmöglichkeiten festzulegen.
- eine verlässliche finanzielle Ausstattung Freier Träger in allen Bereichen der Daseinsvorsorge sichern. Durch klare Aufgabenstellungen und Leistungsverträge ist der finanzielle Aufwand der Stadt nachvollziehbar zu gestalten.
- Verwaltungsaufwand dadurch senken, dass das Stadtoberhaupt die Arbeitsabläufe in seiner Verwaltung durchgehend optimiert und dafür Sorge trägt, dass nur der Aufwand betrieben wird, der zur Erfüllung einer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.

Kontaktdaten

Kreisverband:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Magdeburg
Otto-von-Guericke-Str. 65
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 4015 510
Fax: (0911) 3084 4401 55
e-mail: info@gruene-magdeburg.de
Internet: www.gruene-magdeburg.de

Fraktion im Stadtrat:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Stadtrat Magdeburg
Altes Rathaus, Zimmer 231
Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 5402 772
Fax: (0391) 5430 384
e-mail: info@gruene-fraktion-magdeburg.de
Internet: www.gruene-fraktion-magdeburg.de